

Holz begleitet Menschen ein Leben lang
Dies wurde beim Tag des offenen Denkmals eindrucksvoll demonstriert. **Wangen**



Ein Gemeinschaftswerk wird vollendet
Kirchengemeinde Pfärrich feiert Abschluss der Sanierungsarbeiten. **Gemeinden**

Schwäbische Zeitung

WANGEN

Mo.-Fr. € 1,40 | Sa. € 1,60

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Montag, 10. September 2012

ANZEIGE

Das Digitalabo ist da.

schwäbische.de/digitalabo

1,6 Millionen Schüler starten ins neue Schuljahr

STUTTGART (dapd/sz) - Für geschätzte 1,6 Millionen Schüler in Baden-Württemberg beginnt heute das neue Schuljahr. Der Großteil von ihnen, etwa 1,2 Millionen Kinder und Jugendliche, wird eine öffentliche oder private allgemeinbildende Schule besuchen, teilte das Kultusministerium in Stuttgart auf Anfrage mit. An den Berufsschulen im Land werden etwa 400 000 Schüler erwartet. Bislang gibt es zu den Zahlen nur Schätzungen, die konkreten Schülerzahlen liegen voraussichtlich erst im kommenden Frühjahr vor.

Im Lauf der Woche beginnt auch der Unterricht für die geschätzten 94 300 Erstklässler. Damit die ABC-Schützen sicher zur Schule kommen, werden sie auch dieses Jahr wieder durch die „Aktion sicherer Schulweg“ unterstützt. • WIR IM SÜDEN

Bettina Wulff wehrt sich

BERLIN (dpa) - Bettina Wulff schlägt zurück: Nach Gerüchten über ihr angebliches Verbleiben im Rotlicht-Milieu geht die Ehefrau von Ex-Bundespräsident Christian Wulff in die Offensive. Zu entsprechenden Berichten erwiderte sie bei zahlreichen Medien Unterlassungserklärungen, wie ihr Rechtsanwalt Gernot Leht bestätigte. Am Samstag erzielte Bettina Wulff einen weiteren Erfolg: Fernsehmoderator Günther Jauch erkannte ihren Unterlassungsanspruch an.

Bettina Wulff gab bei Gericht eine eidesstattliche Erklärung ab, wonach alle Behauptungen über ihr angebliches Verbleiben als Prostituierte oder als Escort-Dame falsch seien. Eine solche Erklärung der Frau eines früheren Bundespräsidenten ist bisher einzigartig. Neben Jauch verklagte Bettina Wulff auch den Internetkonzern Google. • JOURNAL

Gewinnzahlen

Lottozahlen 19, 38, 39, 41, 48, 49

Zusatzzahl 4

Superzahl 3

Spiel 77 7 0 6 1 9 1 6

Super 6 3 1 1 2 1 1

36. Ausspielung / Ohne Gewähr

Gewerbliche Anzeigen 07561 / 80-850
Private Anzeigen 0180 - 200 800 5*
AboService 0180 - 200 800 1*
Ticket Service 0751 / 5691 557
*Festnetzpreis 6 ct/Anruf, Mobilfunkpreise max. 42 ct/min.

D' Arge nab ist wieder ein Zuschauer magnet



Auch die siebte Auflage des Wangener Wasserspektakels D' Arge nab (Foto: Rasemann) hat wieder Hunderte Schaulustige angelockt. 16 Spaßboote und sechs Schlauchboote beteiligten sich, und zum ersten Mal wurde den Zuschauern auch ein Entenrennen geboten.

Union lobt Rentenvorschläge der SPD

Arbeitsministerin setzt auf gemeinsame Aktion gegen Altersarmut – FDP-Chefs schäumen

BERLIN (dpa/sz) - Die CDU sieht im neuen Rentenkonzept der SPD große Chancen für einen parteiübergreifenden Konsens. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) regte eine gemeinsame Initiative im Kampf gegen Altersarmut an. Auch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe erklärte, dass die Union einen Konsens mit den Sozialdemokraten anstrebe. Beim Koalitionspartner FDP sieht man diese Offerte mit großem Argwohn und wirft vor allem von der Leyen vor, „Steigbügelhalterin“ für eine große Koalition zu sein.

SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte am Wochenende ein Rentenkonzept

vorgelegt, das auch von der Parteilinken im Grundsatz akzeptiert wird.

Von der Leyens Überlegungen sehen vor, kleine Renten langjähriger Beitragszahler, die auch privat vorgesorgt haben, auf bis zu 850 Euro aufzustocken – und zwar auch mit Beitragsgeldern aus der Rentenkasse. Vorschläge für eine steuerfinanzierte Grundrente lehnt sie ab. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) will die Anerkennung von Familien- und Erziehungsleistungen bei der Rente verbessern, wie sie der Leipziger Volkszeitung sagte.

Die SPD-Pläne zielen auf einen massiven Ausbau der Betriebsrenten,

um Einbußen durch die Senkung des Rentenniveaus zu verringern. Ein neues Modell soll die bisherige „Riester-Rente“ weitgehend ablösen. Die Rentenbeiträge sollen schrittweise angehoben werden, bis 2030 aber 22 Prozent nicht übersteigen.

Gabriel wie von der Leyen machte deutlich, dass sie einen parteiübergreifenden Konsens bei der künftigen Rentenpolitik anstreben. „Es ist gut, dass die SPD die Gerechtigkeitlücke mit ähnlichen Mitteln angehen will“, sagte von der Leyen der Welt am Sonntag mit Blick auf die von ihr verfochtene Zuschussrente. Dafür hatte die stellvertretende

CDU-Chefin in der Union heftigen Widerspruch geerntet.

Die Liberalen reagierten – gelinde gesagt – gereizt auf die Konsens-Signale. Der nordrhein-westfälische FDP-Chef Christian Lindner sagte, von der Leyen habe „offenbar den Ehrgeiz, Steigbügelhalterin einer großen Koalition ohne (Kanzlerin) Angela Merkel zu sein“. FDP-Chef Philipp Rösler lehnte das SPD-Konzept ab und erklärte, es sei bemerkenswert, „wie Ursula von der Leyen mit dem Vorstoß für ihr Rentenmodell auf Kosten der Beitragszahler ihre eigene Vorsorge für eine große Koalition vorantreibt“. • LEITARTIKEL

BKA warnt vor Nazi-Terror

Behörde fürchtet laut Spiegel Anschläge auf Prominente

BERLIN (dpa/sz) - Die Gefahr durch Neonazi-Terror bleibt auch ein Jahr nach dem Aufliegen der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nach Einschätzung des Bundeskriminalamts (BKA) hoch. Attacken könnten auch Prominente treffen, schreibt das Nachrichtenmagazin Der Spiegel und beruft sich auf ein vertrauliches Papier von Juli 2012. Demnach könnten sich Angriffe gegen Ausländer, aber auch gegen

„Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wie Politiker, Personen des öffentlichen Lebens und Polizeibeamte“ richten. Jüdische Institutionen seien ebenfalls gefährdet. „Es ist mit fremdenfeindlichen Gewaltdelikten (...) und in Einzelfällen auch mit Tötungsdelikten zu rechnen“, zitiert das Magazin. Eventuell würden „in die Enge getriebene“ Täter ihre „Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen“ wollen, hieß es.

Wirbel um Rettungsschirm

Schäuble erwartet ESM-Bestätigung – trotz neuer Klage

BERLIN (dpa) - Das Bundesverfassungsgericht wird nach Ansicht von Koalition und SPD den Euro-Rettungsschirm ESM bestätigen, obwohl der EZB-Beschluss zum Kauf von Staatsanleihen neue Fragen aufwirft. Mit Blick auf die am Mittwoch erwartete Entscheidung aus Karlsruhe sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) der Bild am Sonntag: „Bisher hat das Bundesverfassungsgericht niemals den Kurs der

europäischen Integration als gegen das Grundgesetz gerichtet beurteilt.“

Der CSU-Politiker Peter Gauweiler reichte unterdessen einen neuen Eilantrag in Karlsruhe ein. Sein Argument: Mit dem jüngsten Beschluss der Europäischen Zentralbank, klemmen Staaten mit Ankäufen von Staatsanleihen zu helfen, habe sich die Beurteilung der Rettungsmaßnahmen geändert. • WIRTSCHAFT/NACHRICHTEN & HINTERGRUND

Unterm Strich

Wieso, weshalb, warum?

Der, die, das – wer, wie, was – wieso, weshalb, warum – wer nicht fragt bleibt dumm. Dieses Lied kennt jeder, der in den vergangenen fast 40 Jahren das Kinderprogramm der Öffentlich-Rechtlichen gesehen hat. Schließlich ist es der Titelsong der unverwundlichsten Kindershow überhaupt, der Sesamstraße. Seit dem 8. Januar 1973 limmert sie über die Bildschirme, manchmal gar zweimal täglich. Und das Lied, komponiert vom Jazz-Organisten Infriedrich Hoffmann, der als Teil des Doldinger-Quartetts berühmt wurde, ist immer dabei. Die schönen



Wer, wie, was? Lena Meyer-Landrut (Mitte) singt ab Oktober das Sesamstraßen-Lied. Zumindest Ernie (l.) und Bert (r.) gefällt's. FOTO: NDR/ULRIE ERNST

Textzeilen, die aus der Feder von Volker Ludwig stammen, haben damals die Sangeskünstler des Hamburger Kinderchores Vineta zum Klängen gebracht. Heute sind die Sänger – im Gegensatz zur ewig jungen Show – längst erwachsen. Was nie ein Problem war. Bis jetzt. Ab 1. Oktober soll eine neue Künstlerin an Lena Meyer-Landrut (21), Songcontest-Gewinnerin und Studienabschreierin, hat eine neue „groovige Pop-Version“ des Klassikers eingesungen. Fragt sich nur: Wieso, weshalb, warum? (mhs)

• untermstrich@schwäbische.de

Leitartikel

Von Sabine Lennartz



Rente: Darüber reden reicht nicht

Es geht um Gerechtigkeit, wenn in der Diskussion um Altersarmut und Zuschussrente die Wellen hochschlagen. Diesmal aber nicht nur um Arm und Reich, sondern auch um Alt und Jung. Das deutsche Rentensystem ist nach den Erfahrungen des Währungszusammenbruchs umlagefinanziert. Es basiert auf einem Generationenvertrag. Die, die arbeiten, zahlen für die, die in Rente sind. Aber natürlich können sich diejenigen, die heute in Rente sind, darauf berufen, dass auch sie ein Leben lang für andere gezahlt haben.

Doch was ist, wenn immer weniger Junge immer mehr Älteren gegenüberstehen? Theoretisch muss dann der Rentenbeitrag immer mehr steigen, das würde junge Arbeitnehmer überlasten und Arbeitsplätze gefährden. Deshalb wird die rapide Alterung in der Rentenformel berücksichtigt, die Renten werden langsam sinken. Doch hat man an der Formel zu sehr geschraubt? Die Rentner müssen nach wie vor von ihren Renten leben können. Daran, dass sie das auch in Zukunft können, gibt es nun immer stärkere Zweifel.

Die Zahlen sind schon lange bekannt, aber kein Spitzenpolitiker hat bisher so beherzt „Achtung“ gerufen wie Arbeitsministerin von der Leyen. Kanzlerin Merkel mahnt zur Behutsamkeit. Doch behutsam tut sich hier gar nichts. Es muss endlich – und das schnell – darüber gesprochen werden, mit wie viel Steuergeldern zusätzlich man eingreifen muss, wie man private Zusatzversicherungen einfacher und besser macht, welche Anreize man setzen kann, ob andere Mittel (wie Mindestlöhne) gegen Altersarmut helfen. Es muss in diesem Zusammenhang auch endlich klar auf den Tisch, welche Pensionslasten auf die Länder zukommen. Und dass manche nicht wissen, wie sie die überhaupt schultern sollen.

Die Zahlen sind ernst. Am Ende geht es nicht darum, ob von der Leyen sich durchsetzt oder nicht. Sondern darum, der Wahrheit ins Auge zu blicken und Berechnungen über zehn oder zwanzig Jahre hinaus anzustellen. Das ist man der jungen Generation genauso schuldig wie der alten. Schließlich müssen die einen zahlen, die anderen leben können.

• s.lennartz@schwäbische.de

Wetter

24° - 27°C

Die Sonne scheint heute überall



Weitere Aussichten:

Am Dienstag kann es erste Schauer geben, am Mittwoch wird es dann kühler und mittelschhaft

Nr. 210 | B 6214



4 190621 401402 1 0037

SCHWÄBISCH MEDIA